

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Matthias Miller CDU

Verwaltungsgerichtsbarkeit in Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Verfahrenseingänge gab es an den Verwaltungsgerichten Freiburg, Karlsruhe, Sigmaringen und Stuttgart sowie am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in den Jahren 2018 bis 2023 (bitte aufgeschlüsselt nach Gerichtsstandort und Rechtsgebiet)?
2. Mit welcher durchschnittlichen Verfahrensdauer ist bei den baden-württembergischen Verwaltungsgerichten in den Jahren 2018 bis 2023 zu rechnen gewesen (tabellarische Darstellung nach Gerichtsstandorten und Rechtsgebieten)?
3. Wie viele Planstellen für Richterinnen und Richter existieren an den vier Verwaltungsgerichten in Baden-Württemberg und dem Verwaltungsgerichtshof (tabellarische Darstellung)?
4. Wie viele Richterstellen waren an den Verwaltungsgerichten zum 1. Januar 2024 besetzt (tabellarische Darstellung nach Gerichtsstandorten)?
5. In welchen Besoldungsstufen sind die Richterinnen und Richter eingruppiert (bitte aufgeschlüsselt nach Gerichtsstandort und Geschlecht)?
6. Wie viele neue Richterinnen und Richter wurden in den vergangenen fünf Jahren an den Verwaltungsgerichten eingestellt (bitte aufgeschlüsselt nach Gerichtsstandort und Geschlecht)?
7. Wie viele Planstellen für Justizfachangestellte, Justizfachwirte und Rechtspfleger existieren an den baden-württembergischen Verwaltungsgerichten und waren am 1. Januar 2024 besetzt (tabellarische Darstellung nach Gerichtsstandort)?
8. Bedarf es ihrer Einschätzung nach perspektivisch weiterer Planstellen für Richterinnen und Richter an den baden-württembergischen Verwaltungsgerichten, um den Verfahrenseingang bewältigen zu können?
9. Wie steht sie zu der bayerischen Praxis, Verwaltungsrichter erst nach dreijähriger Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung eine Richtertätigkeit anzubieten, um den Anwendungsbezug zu stärken?

19.2.2024

Dr. Miller CDU

Begründung

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit dient der gerichtlichen Kontrolle des Handelns der öffentlichen Verwaltung und ist damit für den Rechtsstaat unerlässlich. Die Kleine Anfrage soll

die Arbeitsbelastung und die Personalsituation an den baden-württembergischen Verwaltungsgerichten abfragen.